



## **Information nach Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO)**

Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten teile ich Ihnen nach Art. 13 der DS-GVO folgende Informationen mit:

### **1. Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten**

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Kassel.

Sie erreichen das Regierungspräsidium Kassel wie folgt:

Postanschrift: Regierungspräsidium Kassel, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel,  
Email: [poststelle@rpks.hessen.de](mailto:poststelle@rpks.hessen.de),  
Telefon: +49 561 106 0,  
Telefax: +49 611 32764 1611.

### **2. Die oder der Datenschutzbeauftragte des Regierungspräsidiums Kassel**

Die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums Kassel erreichen Sie unter der oben genannten Anschrift oder unter [dsb@rpks.hessen.de](mailto:dsb@rpks.hessen.de).

### **3. Zwecke der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten**

Die Datenverarbeitung erfolgt nach § 51 a i. V. m. §§ 51 und 50 Nr. 9 des Gesetzes zum Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz - GwG) und ermächtigt das Regierungspräsidium Kassel, geeignete und erforderliche Maßnahmen sowie Anordnungen zu treffen, um die Einhaltung der geldwäscherechtlichen Pflichten sicherzustellen und zu kontrollieren und ggf. Zuwiderhandlungen durch Bußgeld zu ahnden.

### **4. Empfänger der personenbezogenen Daten**

Soweit dies zur Bearbeitung der Aufsicht nach § 51 GwG erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten gegenüber öffentlichen Stellen und Behörden offengelegt. Hierzu zählen insbesondere Finanzbehörden, andere Aufsichtsbehörden des Geldwäschegesetzes, die zuständige Vollstreckungsstelle, das zuständige Einwohnermeldeamt und die zuständige Justizbehörde oder Organe der Rechtspflege.

### **5. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten**

Die personenbezogenen Daten werden mit dem Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelöscht. Die Aufbewahrungsfristen für diese Daten sind nach dem Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen festgelegt. Die Frist beginnt nach Ablauf des Jahres, in dem das Verwaltungsverfahren abgeschlossen wurde.



## **6. Bestehen datenschutzrechtlicher Rechte einer betroffenen Person**

Zugunsten der von einer Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person besteht ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten, auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung und ein Recht auf Datenübertragbarkeit.

## **7. Widerrufbarkeit einer erteilten Einwilligung**

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung beruht, kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt unberührt.

## **8. Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde**

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt. Aufsichtsbehörde ist in Hessen die oder der Hessische Datenschutzbeauftragte, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden.

## **9. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten**

Wie unter Ziffer 3 ausgeführt, erfolgt die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der Aufsichtspflichten nach § 51 GwG. Nach § 52 GwG sind Sie zur Mitwirkung verpflichtet. Eine Nichtbereitstellung der Daten Ihrerseits kann für Sie Nachteile haben, da ein Ordnungswidrigkeitenverfahren folgen kann.